

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 10. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. November 2012, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)	stellv. Vorsitzender
Daniel Günther (CDU)	i. V. v. Hans Hinrich Neve
Tobias Koch (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Thomas Rother
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch mit dem Geschäftsführer der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR, Herrn Hans-Adolf Bilzhause	5
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung	7
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/91	
3. Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2010	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/2071	
und	
Bemerkungen 2012 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2010	
Beschlussempfehlung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung Umdruck 18/313 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/331	
4. Information/Kenntnisnahme	10
Umdruck 18/170 - Beschlüsse des Altenparlaments Umdruck 18/254 - IT-Einsatz in der Schulverwaltung Umdruck 18/255 - Oktober-Steuerschätzung Umdruck 18/273 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben III 2012 Vertraulicher Umdruck 18/267 - Sonderdienstvertrag VII St	
5. Verschiedenes	11

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch mit dem Geschäftsführer der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR, Herrn Hans-Adolf Bilzhause

- Geschäftsbericht 2011 ([Umdruck 18/60](#))
- Umsetzung der Beschlüsse des Finanzausschusses vom 12. Januar 2012

Herr Bilzhause, Geschäftsführer der GMSH, stellt den Geschäftsbericht 2011 der GMSH vor, die im Rahmen der Organleihe auch Bau- und Gebäudebewirtschaftungsleistungen für den Bund erbringe und keine Gewinnerzielungsabsicht, sondern eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung verfolge und ein Nullergebnis anstrebe. Zu den vom Finanzausschuss am 12. Januar 2012 angesprochenen Punkten nimmt er wie folgt Stellung: Angesichts wieder steigender Bauvolumina könne man im Moment kein Personal abbauen, sondern werde im Bereich Landesbau fünf Ingenieure zeitlich befristet einstellen, um die Arbeit freiberuflicher Ingenieure zu überwachen. Die Zahl der Beamtenstellen sei von 200 im Jahr 2001 auf jetzt 141 zurückgegangen; Verbeamtungen würden nur im Ausnahmefall (auf Anforderung des Bundes oder bei Bewerberknappheit) vorgenommen; im Übrigen treffe man für die Versorgungsansprüche der Beamten in der Bilanz Vorsorge. Jede weitere öffentliche Institution, die die GMSH als zentrale Beschaffungsstelle nutze, trage dazu bei, dass die Fixkosten auf eine größere Gesamtheit verteilt und damit das Land entlastet würden; der Anteil der sonstigen Träger der öffentlichen Verwaltung am Beschaffungs- und Ausschreibungsvolumen sei in den letzten zwei Jahren von 20 auf 44 % gesteigert worden. Zu einer Verschlinkung des Vergabeverfahrens habe die GMSH mit [Drucksache 17/2432](#) Vorschläge unterbreitet; das Vergabehandbuch werde neu erarbeitet; die Intensität der Fachaufsicht sollte auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Bilzhause, die Bemühungen, dass auch das UKSH über die GMSH beschaffe, gingen weiter. Das Ergebnis im Bereich Beschaffung sei 2011 maßgeblich durch den Aufbau der elektronischen Vergabe bestimmt und werde im nächsten Geschäftsbericht wieder ausgeglichen sein. Über eine mögliche Verlagerung der derzeit bei Kreditinstituten angelegten Gelder, die man für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen benötige, auf das Land gebe es Gespräche. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen

laufe grundsätzlich gut, könnte teilweise noch intensiviert werden und hänge maßgeblich mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln zusammen. Der Aufwand für bauliche Maßnahmen und der Aufwand für energetische Maßnahmen seien schwer voneinander zu trennen; man werde vorrangig die energetischen Maßnahmen in Angriff nehmen, die eine schnelle Amortisation ermöglichen.

Nach Auffassung von Landesrechnungshofpräsident Dr. Altmann kann die GMSH das UKSH bei den anstehenden baulichen Investitionen sachkundig und kosteneffizient unterstützen. Die Kooperation zwischen GMSH und UKSH könne und müsse verbessert werden.

Staatssekretär Losse-Müller betont die Bedeutung der GMSH als zentraler Dienstleister des Landes in den Bereichen Bau, Bewirtschaftung und Beschaffung. Gerade angesichts knapper Ressourcen sowie der logistischen und energetischen Herausforderungen sei eine wirtschaftliche und effiziente Aufgabenerfüllung entscheidend. Den Prozess der weiteren Prüfung, dass auch das UKSH in Zukunft über die GMSH beschaffe, werde man aus strategischen Erwägungen moderieren und unterstützen. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sei es wichtig, dass die GMSH weiter über eigenes qualifiziertes Personal und Know-how verfüge. Zur energetischen Sanierung der Landesgebäude aus Mitteln des Programms PROFI werde die GMSH eine Prioritätenliste erarbeiten.

Abg. Winter appelliert an die GMSH, als Dienstleister noch offensiver an die Kommunen heranzutreten.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der GMSH zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/91](#)

(überwiesen am 23. August 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/105, 18/110, 18/125, 18/126, 18/127, 18/130, 18/143, 18/148, 18/151, 18/153, 18/154, 18/162, 18/221, 18/247, 18/259, 18/281](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/274](#)

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen schließt sich der Finanzausschuss der Empfehlung des federführenden Innen- und Rechtsausschusses zur Annahme des Gesetzentwurfs zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung, [Drucksache 18/91](#), in geänderter Fassung an.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2010

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/2071](#)

und

Bemerkungen 2012 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2010

Beschlussempfehlung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung

[Umdruck 18/313](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/331](#)

Abg. Koch bringt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein und wiederholt seinen Appell an die Koalitionsfraktionen, beiden Punkten zuzustimmen, die die jetzigen Regierungsfraktionen in Oppositionszeiten selbst gefordert hätten.

Staatssekretär Losse-Müller weist noch einmal darauf hin, dass der im Bericht an den Stabilitätsrat ausgewiesene Handlungsbedarf von 300 Millionen € ungefähr der Hälfte des Sicherheitsabstands zur Defizitobergrenze nach der Verwaltungsvereinbarung entspreche, durch Aufgabenabbau und Konsolidierungsmaßnahmen, Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und Einnahmeerhöhungen angegangen und in der Finanzplanung geleistet werde. Über die Frage, wie mit möglichen Verlusten der HSH Nordbank umzugehen sei, wolle man sich mit den Fraktionen verständigen. Die Fortschreibung und Konkretisierung von Konsolidierungs-, Struktur- und Anpassungsmaßnahmen sei ein kontinuierlicher Prozess, dessen Umsetzung man mit den Beteiligten besprechen wolle und der Zeit brauche.

Auch Abg. Winter macht darauf aufmerksam, dass man die geplanten Maßnahmen ohne Zeitdruck mit den Beteiligten besprechen wolle und nicht schon heute sagen könne, welche Maßnahmen man vielleicht im Jahr 2020 umsetzen könnte.

Abg. Koch bekräftigt die Erwartung, dass die Koalition bis zum Sommer 2013 benenne, mit welchen Maßnahmen sie den Abbau des strukturellen Defizits ab dem Jahr 2014 bis zum Jahr 2020 vollziehen wolle.

Abg. Herdejürgen hält es für selbstverständlich, die geplanten strukturellen Maßnahmen mit dem Haushalt Jahr für Jahr zu konkretisieren. Die jetzige Koalition bleibe keineswegs hinter dem Konkretisierungsgrad der Vorgängerregierung zurück.

Abg. Günther, Dr. Garg und Koch kritisieren das Votum zu Textziffer 13. Während die Koalition öffentlich einen Bildungsdialog und Schulfrieden propagiere, solle jetzt beschlossen werden: „Das räumliche Nebeneinander von Bildungsgängen mit gleichen Bildungszielen - wie zum Beispiel Gymnasien mit G-9-Zweig und Gemeinschaftsschulen mit der Möglichkeit des Abiturs nach neun Jahren - ist grundsätzlich aufzulösen.“

Abg. Herdejürgen und Andresen sehen in der Formulierung und dem nächsten Satz „Bestehende G-9-Gymnasien haben Bestandsschutz“ keinen Widerspruch zum bildungspolitischen Dialog. Am Status quo werde derzeit nichts geändert.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung zu erteilen. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, [Umdruck 18/331](#), wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Das Votum zu Textziffer 3.1 - Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits - ([Umdruck 18/313](#) (neu)) wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN angenommen. Das Votum zu Textziffer 6 - Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht - wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN angenommen. Das Votum zu Textziffer 13 - Gymnasien - wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, die Voten zu den Bemerkungen 2012 des Landesrechnungshofs in der Fassung des [Umdrucks 18/313](#) (neu) mit folgender Ergänzung anzunehmen: Im Votum zu Textziffer 13 werden im ersten Satz hinter der Formulierung „G 8 und G 9“ die Wörter „an einer Schule“ eingefügt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 18/170](#) - Beschlüsse des Altenparlaments

[Umdruck 18/254](#) - IT-Einsatz in der Schulverwaltung

[Umdruck 18/255](#) - Oktober-Steuerschätzung

[Umdruck 18/273](#) - Über- und außerplanmäßige Ausgaben III 2012

Vertraulicher [Umdruck 18/267](#) - Sonderdienstvertrag VII St

Nachdem Landesrechnungshofpräsident Dr. Altmann zu [Umdruck 18/254](#) - IT-Einsatz in der Schulverwaltung - eine weitere Vorlage ankündigt, stellt der Finanzausschuss die Beratung darüber zurück und wird die Thematik zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung setzen. Die übrigen Vorlagen nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Abg. Koch wiederholt seine Bitte an die Landesregierung, den Sonderdienstvertrag mit Staatssekretär Müller-Beck in der Weise als öffentlichen Umdruck zur Verfügung zu stellen, dass sämtliche Stellen, die die Persönlichkeitsrechte des Staatssekretärs berührten, geschwärzt würden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe, [Drucksache 18/192](#), will der Ausschuss in gemeinsamer Sitzung mit dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss in der Mittagspause der Landtagssitzung am nächsten Mittwoch abstimmen.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer